

	B	D	E	F	G	H	I	L
1			Aufwendungen	<b>Streichungen</b>				
2	<b>Antragstitel/-empfänger</b>	<b>Text Antragsbegründung</b>	für 2013	für 2014	<b>Stellenanzahl</b> (Beträge für 2013 um 50 % reduziert)	<b>Seite im DHH-Entwurf</b>	<b>THH</b>	<b>Sachbereich</b>
3	Bürgertreff Rintheim	Im Rahmen des Soziale-Stadt-Prozesses wurde in Rintheim ein Bürgerbüro eingerichtet, das sich gut etabliert hat. Seitens des Bürgervereins und engagierter BürgerInnen besteht der Wunsch, die Räumlichkeiten weiter als Bürgertreff zu nutzen. Dabei wird eine kostengünstige Lösung angestrebt, bei der der Bürgerverein die Räume gemeinsam mit der Diakonie nutzen kann und als deren Untermieter auftritt. Zur Finanzierung des Bürgertreffs ist ein städtischer Zuschuss in Höhe von 7.200€ jährlich notwendig sowie im ersten Jahr für die Einrichtung ein Zuschuss von weiteren 2.550€	9.750 €	7.200 €		23/24	1000	Hauptverwaltung
4	Bürgerzentrum der Südstadt "Südwerk"	Das Bürgerzentrum Südwerk liegt an der Nahtstelle zwischen Südstadt-Ost und dem Altbaubestand der Südstadt. Es ist prädestiniert, um hier eine integrative Nahstellenfunktion einzunehmen. Um kostendeckend zu arbeiten, mussten in der Vergangenheit eine hohe Anzahl an Großveranstaltungen durchgeführt werden, was zu erheblichen Problemen mit den AnwohnerInnen geführt hat. Als Konsequenz haben die Gesellschaften des Südwerks sich auf die Durchführung von fünf Großveranstaltungsformaten beschränkt. Es ist absehbar, dass ohne städtische Förderung kein ausgeglichenes Ergebnis erwirtschaftet werden kann. Entsprechend dem Masterplan soll der Schwerpunkt städtischer Förderung von Bürgerzentren in Stadtteilen mit durchgeführten Stadtentwicklungsprozessen liegen. Dies ist in der Südstadt der Fall.	15.000 €	15.000 €		23/24	1000	Hauptverwaltung
5	Kommunale Entwicklungszusammenarbeit	Karlsruhe hat sich u.a. durch die Unterzeichnung der UN-Millenniumserklärung ausdrücklich zur Armutsbekämpfung weltweit bekannt. Hierzu sind größte Anstrengungen auf allen Ebenen erforderlich, die über das bisherige Maß weit hinausgehen. Karlsruhe leistet zwar oft sehr wichtige und notwendige Hilfe in Katastrophenfällen weltweit. Das konstante Budget für Entwicklungszusammenarbeit ist bisher aber vergleichsweise gering und die beantragte Aufstockung aus Sicht der GRÜNEN Fraktion ohne Probleme leistbar. Mit vergleichsweise wenig Geld lässt sich im Bereich der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit sehr viel bewegen.	19.250 €	19.250 €		23/24	1000	Hauptverwaltung
6	"Stärkung der interkulturellen Kompetenz" als Ziel aufnehmen	Das Konzept zur Internationalisierung der Stadt Karlsruhe sieht u.a. den Ausbau der Interkulturellen Kompetenz in der Verwaltung vor. In diesem Sinne ist Internationalisierung nicht nur als nach außen gerichtetes Agieren zu verstehen, sondern auch als Ziel eines Entwicklungsprozesses innerhalb der Verwaltung zu definieren. Wir erachten es daher für notwendig, die Entwicklung Interkultureller Kompetenz als eine Zielsetzung innerhalb des Haushalts festzulegen und geeignete Maßnahmen zur Zielerreichung zu definieren.				33	1100	Personal
7	Erhöhung Vergnügungssteuer	Die hohe Spielhallendichte macht deutlich, dass es Spielhallenbetreiber/innen in Karlsruhe gut geht. Die beiden zuletzt durchgeführten Erhöhungen der Vergnügungssteuer haben nicht zu einem Rückgang von Spielhallen in Karlsruhe geführt. Spielsucht ist eine Krankheit, deren Eindämmung eine gesellschaftliche Aufgabe ist. Der Verwaltungsgerichtshof (VGH) Baden-Württemberg in Mannheim hat entschieden, dass eine 20 %ige Erhebung von Vergnügungssteuern auf die Bruttoeinnahmen aus Spielgeräten rechtlich vereinbar ist.	-420.000 €	-420.000 €		86	2000	Kämmerei
8	Personal bei der Unteren Naturschutzbehörde (ZJD)	Die personelle Ausstattung der Unteren Naturschutzbehörde weist sich immer wieder als unzureichend. Beispielsweise konnte aus Zeitmangel beim Zentral Juristischen Dienst (ZJD) die von der GRÜNEN Fraktion bereits 2009 beantragte und von der Verwaltung befürwortete Ausweisung weiterer Naturdenkmale bisher nur unvollständig umgesetzt werden. Auch die 2010 von der GRÜNEN Fraktion beantragte Fortschreibung des Naturschutzberichtes konnte trotz positiver Beantwortung seitens der Verwaltung bisher noch nicht bearbeitet werden. Hinzu kommt, dass durch die Fortsetzung des Verfahrens zur 2. Rheinbrücke sowie durch weitere naturschutzrelevante Planungsverfahren in den nächsten Jahren mit dauerhaft hohen Arbeitsbelastungen für die Untere Naturschutzbehörde zu rechnen ist. Eine personelle Aufstockung um eine Planstelle beim ZJD im Bereich Naturschutz erscheint daher dringend erforderlich.	35.000 €	70.000 €	1	99	3000	ZJD
9	Pflegemaßnahmen in Landschaftsschutzgebieten	Schutzgebiete sind wichtige Voraussetzung zum Erhalt der biologischen Vielfalt und zur Sicherung der Naherholung für den Menschen. In den letzten Jahren sind in Karlsruhe verschiedene NATURA-2000 Schutzgebiete hinzugekommen. Auch durch die Ausweisung von Natur- und Landschaftsschutzgebieten hat sich die Schutzgebietsfläche erweitert. Um die erforderlichen Maßnahmen der Biotoppflege und -aufwertung sowie Artenschutzmaßnahmen insbesondere in Landschaftsschutzgebieten durchzuführen, soll ein Budget beim UA eingerichtet werden. Wie im Ausschuss für Umwelt und Gesundheit im Februar 2012 berichtet wurde, kann ein Teil dieser Maßnahmen über die Landschaftspflegelinie bezuschusst werden. Mit dem Geld könnten neben freiwilligen Maßnahmen auch Pflichtmaßnahmen umgesetzt werden, die in den Managementplänen von Natura 2000-Gebieten festgeschrieben sind. Zuschüsse von der Höheren Naturschutzbehörde sind hier möglich.	15.000 €	15.000 €		108	3100	Umwelt und Arbeitsschutz

	B	D	E	F	G	H	I	L
1			Aufwendungen	Streichungen				
2	Antragstitel/-empfänger	Text Antragsbegründung	für 2013	für 2014	Stellenanzahl (Beträge für 2013 um 50 % reduziert)	Seite im DHH-Entwurf	THH	Sachbereich
10	Gesunde Stadt - Gesundheitsmanagement	Mit dem Doppelhaushalt 2011/12 wurde eine Stelle für die Koordination im Bereich Gesundheit/Prävention geschaffen. Die kommunale Gesundheitspolitik hat in den vergangenen zwei Jahren weiter an Bedeutung gewonnen, was mit einer Steigerung der Aufgabendichte einhergeht. Um die Leitlinie "Gesund aufwachsen in Karlsruhe" umzusetzen und weitere relevante Felder der kommunalen Gesundheitskonferenz konzeptionell zu bearbeiten, sind weitere personelle Kapazitäten erforderlich.	35.000 €	70.000 €	1	110	3100	Umwelt und Arbe
11	Klimaschutzkampagne wieder aufnehmen	Die vom Umweltamt initiierte und 2009/10 sehr erfolgreich durchgeführte Karlsruher Klimaschutzkampagne konnte in den letzten Jahren nur rudimentär am Leben erhalten werden, da im Doppelhaushalt 2011/12 keine Mittel mehr eingestellt waren. Die Klimaschutzaktivitäten der Stadt sollen aber Multiplikatorfunktion haben und in die Breite wirken. Die Karlsruher Bevölkerung muss aktiv eingebunden werden und sich an den im Klimaschutzkonzept vorgesehenen Maßnahmen beteiligen. Dies ist nur durch intensive Öffentlichkeitsarbeit und Wiedereinstellung eines entsprechenden Budgets für die Klimaschutzkampagne möglich.	100.000 €	100.000 €		110	3100	Umwelt und Arbe
12	Kooperation Schule-Umweltverbände	Die Kooperation Schule-Umweltverbände läuft sehr erfolgreich, jedoch kann die Nachfrage aufgrund der knappen Mittel derzeit nicht gedeckt werden. Wie auch bei den Kooperationsprojekten im Bereich Schule-Sport oder Schule-Kultur halten wir eine Ausweitung der Angebote zur Nachmittagsbetreuung mit natur- und umweltbezogenen Schwerpunkten an Schulen für sinnvoll und notwendig. Die hierzu notwendigen Mittel werden beantragt.	10.000 €	10.000 €		110	3100	Umwelt und Arbeitsschutz
13	Projektmittel Umwelt- und Naturschutz	Die variablen Mittel für kleine Projekte im Bereich Umwelt- und Naturschutz sind mit weniger als 35.000€ sehr knapp bemessen und oft nicht ausreichend, um geplante Projekte umzusetzen. Wir beantragen eine moderate Erhöhung um 15.000 € jährlich, um beispielsweise die Finanzierung einer CO2-Bilanz zur Erfolgskontrolle für das Klimaschutzkonzept sowie die Fortschreibung und Veröffentlichung des Karlsruher Konsumführers "Grüner Marktplatz" sicherzustellen.	15.000 €	15.000 €		110/11	3100	Umwelt und Arbeitsschutz
14	Strategien zur Anpassung an den Klimawandel	Die Stadt Karlsruhe tut viel, um im Rahmen ihrer Möglichkeiten den Klimawandel zu begrenzen. Trotzdem werden sich die Temperaturen global und damit auch in Karlsruhe deutlich erhöhen. Darauf muss sich auch die Stadt einstellen. Zu diesem Thema werden bald die Ergebnisse einer Studie vorliegen. Um sie anschließend rasch Ämter-übergreifend verwirklichen zu können, ist eine neue Stelle erforderlich.	17.500 €	35.000 €	0,5	110	3100	Umwelt und Arbeitsschutz
15	Umsetzung der Millenniumsziele	Karlsruhe hat 2007 die UN-Millenniumserklärung unterzeichnet und sich damit zu den Millenniumszielen, darunter globale Armutsbekämpfung, Aufbau einer globalen Entwicklungspartnerschaft, Gleichstellung der Geschlechter weltweit, bekannt. Obwohl die Unterzeichnung mit einer Absichtserklärung verbunden war, auch in Karlsruhe konkrete Maßnahmen zur Erreichung der Millenniumsziele umzusetzen, ist das Thema in den letzten Jahren wieder stark in den Hintergrund gerückt. Der GRÜNEN Fraktion ist es ein wichtiges Anliegen, die Verfolgung der Millenniumsziele in Karlsruhe in Kooperation mit den in diesem Bereich ehrenamtlich Tätigen wieder aufzunehmen. Um hierzu die notwendige konzeptionelle, koordinierende und öffentlichkeitswirksame Arbeit zu leisten, halten wir die Einrichtung einer halben Personalstelle für erforderlich. Aufgrund der inhaltlichen Nähe zum Agenda 21-Prozess sowie zum Thema "Fairer Handel" halten wir es für sinnvoll, die Zuständigkeit für die Millenniumsziele zum Umweltamt zu verlagern und auch dort die Personalstelle einzurichten.	17.500 €	35.000 €	0,5	110	3100	Umwelt und Arbeitsschutz
16	Ausländerbehörde	Trotz Stellenschaffung und -besetzung sind die Bearbeitungszeiten für Anträge zu lang und die die Belastungssituation der Mitarbeiter in der Ausländerbehörde sehr hoch. Damit die Behörde ihre wichtige Aufgaben bei weiter wachsender Aufgabenfülle angemessen wahrnehmen kann, bedarf es einer weiteren Aufstockung. Wir beantragen deswegen die Neubesetzung von zwei zusätzlichen Stellen.	70.000 €	140.000 €	2	121	3200	Ordnungsamt
17	Kommunaler Ordnungsdienst	Aktuell ist ein wesentlicher Teil der Stellen für Überwachung des ruhenden Verkehrs und Tempo-Kontrollen nicht besetzt. Unter anderem wird damit der Kommunale Ordnungsdienst (KOD) gegenfinanziert. Statt den KOD weiter auszubauen, sollten besser diese Stellen wieder besetzt und erhöht werden. Außerdem können statt repressiver Maßnahmen, die kaum nachhaltige Wirkung haben, durch mehr Straßen-Sozialarbeit mittelfristig Verbesserungen erreicht werden. Der Polizeidienst ist Landesaufgabe. Deshalb sollte das Ziel „Ausbau und Fortentwicklung des KOD“ ersetzt werden durch „Besetzung aller Stellen zur Überwachung des ruhenden Verkehrs und Tempokontrollen“.				121	3200	Ordnungsamt
18	Tierschutzfonds	Die Stadt Karlsruhe hat auf einen Antrag aus dem Gemeinderat hin den Tierschutzfonds eingerichtet. Jährlich werden von den im Tierschutz tätigen Vereinen Tierarztrechnungen in mehrfacher Höhe des derzeit gültigen Budgets bei der Stadt Karlsruhe eingereicht. Hierbei erfüllen die Tierschutzvereine eine sehr wichtige gesellschaftliche Aufgabe. Sie kümmern sich unter anderem um entlaufene, ausgesetzte, kranke und verletzte Tiere. Ihre weitere Existenz und Arbeitsfähigkeit muss gewährleistet werden. Darüber hinaus entnimmt auch die Stadt Karlsruhe aus diesem Topf Gelder, um verletzte oder misshandelte Tiere behandeln zu lassen. Daher beantragt die GRÜNE Gemeinderatsfraktion eine Mittelерhöhung um 20.000 € jährlich.	20.000 €	20.000 €		121	3200	Ordnungsamt

	B	D	E	F	G	H	I	L
1			Aufwendungen	Streichungen				
2	Antragstitel/-empfänger	Text Antragsbegründung	für 2013	für 2014	Stellenanzahl (Beträge für 2013 um 50 % reduziert)	Seite im DHH-Entwurf	THH	Sachbereich
19	Miete Wildparkstadion	Im Frühjahr 2012 hatte der GR beschlossen, dem KSC für die Saison 2012/13 die Miete zu reduzieren, um damit die Lizenzanträge des KSC zu erleichtern. Eine über diesen Zeitraum hinausgehende automatische Reduktion liegt nach unserer Ansicht nicht im Interesse der Stadt. Wir sehen es nicht als kommunale Aufgabe, einen Profisportverein dauerhaft solche finanziellen Zugeständnisse zu machen. Wir beantragen daher, wieder zur ursprünglichen Miete zurück zu kehren. Dies bedeutet eine anteilige Streichung der Mietreduktion für 2013 und eine komplette Reduktionsstreichung für 2014.	-50.000 €	-100.000 €			147	4000 Sport
20	Sportförderung - Leistungssport	Die jährliche Erhöhung um 20.000€ in diesem Bereich soll in das Sportinternat fließen, so dass dafür dann 40.000€ zur Verfügung stünden. Die ursprüngliche Kalkulation des Kostenanteils der Stadt für diese Einrichtung wird damit weit überschritten. Wir fordern eine Reduktion auf die ursprüngliche Förderungssumme für das Sportinternat von 20.000 €.	-20.000 €	-20.000 €			144-145	4000 SuS
21	Sportförderung - Seniorensport	Durch Sport lässt sich die Lebensqualität steigern, das gilt für alle Lebensabschnitte. Bewegung und Sport fördern das ganzheitliche Wohlbefinden älterer Menschen. Im Alter sind zielgruppengerechte Sportangebote ein Beitrag zur Prävention und zur Erhaltung der Eigenständigkeit und der sozialen Einbindung. "In Schwung im Alter" hat sich erfolgreich in diesem Aufgabensegment etabliert. Um in den bisher noch nicht versorgten Stadtteilen ein wohnortnahes Angebot machen zu können, sowie Menschen mit geringen Alterseinkünften eine Teilnahme zu ermöglichen, ist eine moderate Aufstockung der städtischen Mittel für "In Schwung im Alter" notwendig.	10.000 €	10.000 €			144-145	4000 SuS
22	Badischer Kunstverein	Der Badische Kunstverein benötigt weitere Mittel, um das stetige strukturelle Defizit auszugleichen. Des weiteren erscheint es uns sinnvoll, sowohl den bildungspolitischen Ansatz wie auch das Marketing stärker auszubauen, damit die präsentierte zeitgenössische Kunst weiteren Publikumskreisen erschlossen werden kann.	35.000 €	35.000 €			165	4100 Kultur
23	Filmboard	In den Bereichen Film und Neue Medien besteht nach wie vor ein nicht ausreichend gedeckter Bedarf an Kinder- und Jugendarbeit. Durch Workshops des Filmboard können Kinder- und Jugendliche verschiedene Arbeitsbereiche des Filmmachens kennen lernen und sich so wichtige Kompetenzen erschließen.	10.000 €	10.000 €			165	4100 Kultur
24	KOHI	Das KOHI hat sich in den letzten Jahren in der Karlsruher Kulturszene fest verankert und mit vielen anderen Kultureinrichtungen vernetzt. Um das umfangreiche Angebot weiter anbieten zu können, erfordert die Arbeit der ehrenamtlichen Mitglieder Unterstützung durch eine fest angestellte Kraft für Organisation und Koordination.	15.000 €	15.000 €			165	4100 Kultur
25	Literarische Gesellschaft	Das Engagement der Literarischen Gesellschaft im Bereich Kinder- und Jugendbildung soll erhalten bzw. weiter ausgebaut werden. Dazu sehen wir eine Erhöhung der Zuschüsse als notwendig an.	15.000 €	15.000 €			165	4100 Kultur
26	Projektfonds	Gerade im Kulturbereich gibt es viele kleinere Initiativen, die in Stadtteilen wirken, sich auf bestimmte Zielgruppen ausrichten oder eine spezielle Kunstform beleben. Viele diese Initiativen sind bereits seit Jahren erfolgreich tätig und stützen sich dabei vorwiegend auf die Arbeit Ehrenamtlicher. Doch auch in diesem Bereich ist eine Unterstützung durch öffentliche Mittel notwendig. Um diese Initiativen zu stärken, ohne ihnen einen eigenen Haushaltstitel zuzuweisen, sehen wir in der Aufstockung der Projektfördermittel einen angemessenen Weg.	30.000 €	30.000 €			165	4100 Kultur
27	Schule-Kultur	Kulturelle Bildung vermittelt gerade jungen Menschen eine Vielfalt an Möglichkeiten, um in einer komplexen, schnellebigen Zeit ein sinnerfülltes Leben führen zu können. Sie unterstützt die Entfaltung der Persönlichkeit, regt zum eigenen Tun und zur Übernahme von Verantwortung an und trainiert sowohl emotionale als auch rationale, soziale und ästhetische Fähigkeiten des Menschen. Zahlreiche spannende und kreative kulturelle Angebote tragen dazu bei, diese Fähigkeiten zu entdecken, zu entwickeln und zu stärken. Die Kooperation zwischen Schule und Kultur funktioniert in Karlsruhe erfolgreich und ist auch für die Zukunft viel versprechend. Der Fördertopf für die Kooperation Schule und Kultur soll daher nach unserer Vorstellung analog zur Kooperation Schule und Sport um 50 % erhöht werden.	40.000 €	40.000 €			165	4100 Kultur
28	Tempel - Kulturverein	Am denkmalgeschützte Tempelgebäude sind dringend erhaltende Baumaßnahmen durchzuführen (vor allem Fassadensanierung). Der Erhalt des Gebäudes an sich wie auch als Kulturstätte für den Westen von Karlsruhe sind uns ein Anliegen.	159.000 €				165	4100 Kultur
29	Badisches Staatstheater	Die Erhöhung der Zuschüsse für das Badische Staatstheater enthält u. a. eine Kostensteigerung der Händelfestspiele um 150.000€, d.h. eine Steigerung der Kosten um über 30 %. Die GRÜNE Fraktion trägt die vorberatene Erhöhung der Tagesgagen der Händelsolistinnen und -solisten um 10 % gerne mit – dies entspricht ca. 20.000 € – sowie auch eine moderate Kostensteigerung von 30.000 €. Für die weiteren geplanten Kostensteigerungen von 100.000€ beantragen wir eine Streichung um den anteiligen Betrag der Stadt.	-50.000 €	-50.000 €			160	4100 Kultur

	B	D	E	F	G	H	I	L
1			Aufwendungen	/Streichungen				
2	<b>Antragstitel/-empfänger</b>	<b>Text Antragsbegründung</b>	für 2013	für 2014	<b>Stellenanzahl</b> (Beträge für 2013 um 50 % reduziert)	<b>Seite im DHH-Entwurf</b>	<b>THH</b>	<b>Sachbereich</b>
30	Marotte Figurentheater	Das Figurentheater Marotte ist mit seinem ausgefüllten Spielplan eine deutschlandweit bekannte Kultureinrichtung, nicht nur wegen seiner lokalen, sondern auch wegen seiner überregional vertretenen Puppentheater-Stücke. Die PuppenspielerInnen wollen sich in den kommenden Jahren mehr auf Karlsruhe konzentrieren, ihr Programm und ihre Konzeption in der hiesigen Spielstätte erweitern, neue aufwändigere Stücke hinzunehmen und in die Theaterpädagogik vor Ort investieren. Wir wollen der Marotte zur bisherigen Förderung einen zusätzlichen Betrag zur Verfügung stellen, damit sie ihre Pläne Stück für Stück umsetzen kann.	30.000 €	50.000 €		160/161	4100	Kultur
31	Sandkorn in Kooperation mit Tiyatro Diyalog	Um mit Theater interkulturelle Zielgruppen zu erreichen, sind teilweise spezifische Ansätze notwendig. Das Tiyatro Diyalog schließt hier eine Lücke in der Karlsruher Theaterlandschaft und erschließt gleichzeitig neue Zielgruppen für das Sandkorn Theater. Wir sehen eine Unterstützung dieser Kooperation als förderungswürdig an.	45.000 €	45.000 €		160/161	4100	Kultur
32	Theater Die Käuze	Um ein strukturelles Defizit aufgrund einer Mieterhöhung zu vermeiden, erachten wir eine Aufstockung des Zuschusses an das Theater "Die Käuze" für notwendig.	2.312 €	2.312 €		160/161	4100	Kultur
33	Werkraum	Im Werkraum Karlsruhe arbeitet eine Gruppe Theaterschaffender, die sich in ihrer Tätigkeit auf die Erforschung und Produktion von Theater mit sozialer Relevanz konzentrieren. Die Arbeitsbereiche erstrecken sich von interaktivem Theater für Kleinkinder und Grundschüler über Gruppenarbeiten mit Jugendlichen zu Themen wie Gewalt und Ausgrenzung bis hin zu experimentellen Projekten für und mit Erwachsenen zu kontroversen Themen. Wir wollen die sehr überzeugende Arbeit des Werkraum-Teams mit einer zusätzlichen Förderung weiter unterstützen und ihm damit zu einer stabilen Existenz verhelfen.	40.000 €	50.000 €		160/161	4100	Kultur
34	ibz e.V.	Das IBZ ist in Karlsruhe eine der Institutionen, die im Sinne der im Intergrationsplan verankerten Willkommenskultur Angebote für Menschen mit und ohne Migrationshintergrund anbietet. Zur Unterstützung der Erweiterung des Projektes „Karlsruhe entdecken“ in das Projekt „WiKa-Willkommen in Karlsruhe“ beantragen wir die Erhöhung des Budgets um jährlich 20.000€.	20.000 €	20.000 €		191	5000	Soziales
35	Internationaler Bund IB - PaxxAn	Der IB bietet Jugendlichen, die Schwierigkeiten haben, einen Schulabschluss zu erwerben, eine ergänzende Betreuung zur Schule und eine Unterstützung zur Verbesserung ihrer Schulnoten, somit eine bessere Chance auf einen guten Schulabschluss und daraus folgend eine Chance auf dem Ausbildungsmarkt. Um das erfolgreich laufende Projekt auf weitere Schulen ausweiten zu können, beantragen wir für das Projekt PaxxAn des IB eine Erhöhung des Sach- und Personalkostenzuschuss um insges. 15.160€ jährlich.	15.160 €	15.160 €		191	5000	Soziales
36	Autismus e.V.	Das Team der Beratungsstelle unterstützt Menschen mit einer Autismus-Spektrum-Störung dabei, ein möglichst selbst bestimmtes Leben in der Gemeinschaft zu führen. Es sollen für und mit den Betroffenen individuelle Lösungsansätze gefunden werden, die deren persönliche Lebensqualität stabilisieren und verbessern können. Auch wenn die Beratungsstelle des Autismus Karlsruhe e.V. erst seit zwei Jahren besteht, ist sie schon sehr gut in Karlsruhe und Umgebung vernetzt. So vermittelt die Stadt Karlsruhe über das Schulamt und viele weitere öffentliche Institutionen Menschen mit Autismus an die Beratungsstelle. So konnten mit Hilfe von Autismus e.V. viele Kinder wieder am Schulbetrieb teilnehmen, nachdem sie schon vom Regelschulbetrieb ausgeschlossen waren. Aufgrund der Beratungssituation in Karlsruhe ist zur Zeit nur mit dieser Beratungsstelle die schulische Inklusion von Kindern mit Autismus in Karlsruhe und Umgebung gesichert. Die von den GRÜNEN beantragten Mittel entsprechen mit 53 % der Gesamtkosten dem Anteil, in dem die Beratungsstelle von Karlsruher BürgerInnen in Anspruch genommen wird.	25.000 €	25.000 €		195	5000	Soziales
37	AWO - Zweite Chance für SchulverweigerInnen	Die AWO bietet mit dem Programm "die 2. Chance" Kindern und Jugendlichen, deren Schulabschluß durch aktive oder passive Schulverweigerung gefährdet ist, die Möglichkeit, durch eine sehr intensive Betreuung doch noch einen qualifizierten Schulabschluss zu erreichen. Die Erfolgsquote liegt hierbei aktuell bei ca. 64 %. Die individuelle bedürfnisgerechte Betreuung ist sehr personalintensiv, da die Kinder und Jugendlichen durch einen persönlichen Case-Manager bzw. eine Case-Managerin begleitet werden. Aktuell betreuen 1,5 Vollzeitstellen (Sozialpädagoge/-in) insgesamt 20 Kinder und Jugendliche. Das Programm wird aktuell noch durch Mittel aus dem Europäischen Sozialfond (ESF) gefördert. Diese Förderung läuft Ende 2013 aus, so dass wir in 2014 eine Unterstützung des Programmes mit städtischen Geldern in Höhe von 88.800 € beantragen.		88.800 €		195	5000	Soziales

	B	D	E	F	G	H	I	L
1			Aufwendungen	Streichungen				
2	Antragstitel/-empfänger	Text Antragsbegründung	für 2013	für 2014	Stellenanzahl (Beträge für 2013 um 50 % reduziert)	Seite im DHH-Entwurf	THH	Sachbereich
38	Sozialer Dienst der Stadt Karlsruhe	Die Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter des Allgemeinen Sozialen Dienstes beraten, begleiten und betreuen Kinder, Jugendliche, junge Volljährige, Eltern und Familien. Sie bieten Beratung und Vermittlung in Fragen der Erziehung, der Trennung und Scheidung, der Ausgestaltung des Sorge- und Umgangsrechtes an. Wenn Familien erzieherische Sorgen haben oder von sozialen Schwierigkeiten betroffen sind und sie diese aus eigener Kraft nicht mehr bewältigen können, kann der Soziale Dienst den Familien ambulante erzieherische Hilfen wie Soziale Gruppenarbeit, Sozialpädagogische Familienhilfe oder Erziehungsbeistandschaft, Unterstützung anbieten. Durch stetig gestiegenen Fallzahlen insbes. bei der Hilfe zur Erziehung und bei den Meldungen von Kindeswohlgefährdung lag der Personalbedarf des Sozialen Dienstes der Stadt Karlsruhe laut einer Organisationsuntersuchung Ende 2011 schon bei über sieben Planstellen mit der Tendenz der weiteren Erhöhung durch weiter steigende Fallzahlen in 2012. Die GRÜNE Gemeinderatsfraktion sieht mit Sorge, dass der Soziale Dienst aufgrund seiner Arbeitsbelastung Gefahr läuft, nicht in der Lage zu sein, Kinder u	210.000 €	420.000 €	6	209	5000	Soziales
39	Dolmetscherkosten für Beratungsstellen gegen häusliche Gewalt	In die Beratungsstellen gegen häusliche Gewalt kommen neben deutsch sprechenden Frauen und Männern auch MigrantInnen, deren Deutschkenntnisse mangelhaft sind und die daher Schwierigkeiten bei der Schilderung ihrer Problemlage haben. Wir beantragen einen Etat von 3.000€ pro Jahr für Dolmetscherkosten, der von den unterschiedlichen Beratungsstellen abgerufen werden kann.	3.000 €	3.000 €		195	5000	Soziales
40	Frauenhaus Karlsruhe	Das Frauenhaus in Karlsruhe beabsichtigt den Ausbau seiner Beratungs- und Hilfeangebote. Daher beantragen wir eine Aufstockung des bisher gewährten laufenden Zuschusses um weitere insgesamt 29.500€. Der Zuschuss soll zur Mitfinanzierung von mehreren Teilzeitarbeitsstellen im Frauenhaus und in der Frauenberatungsstelle verwendet werden.	29.500 €	29.500 €		195	5000	Soziales
41	Freunde für Fremde e.V.	Freunde für Fremde bietet Menschen mit Migrationshintergrund vielfältige Unterstützung. Unter anderem werden Deutschkurse für diejenigen angeboten, die keinen Anspruch auf einen staatlich geförderten Deutschkurs haben. Wir beantragen für Freunde für Fremde einen jährlichen Sachkostenzuschuss von 9.000 €.	9.000 €	9.000 €		195	5000	Soziales
42	Hospiz Förderverein e.V.	Das Hospiz Arista in Ettlingen leistet eine sehr gute und wichtige Arbeit für Menschen, die sich am Ende ihres Lebensweges befinden. In Karlsruhe selbst existiert aktuell keine Hospizeinrichtung, so dass ca. 60 % der HospizbewohnerInnen des Arista aus dem Stadtgebiet Karlsruhe stammen. Bereits bei dem Bau des Hospizes 2005 hat sich die Stadt Karlsruhe finanziell durch eine Einmalzahlung an den Baukosten beteiligt. Aktuell steht eine größere Umbaumaßnahme des Hospizes an sowie damit verbunden eine Erweiterung um zwei Betten auf insgesamt zwölf Betten. Die Gesamtkosten für den Um- und Neubau liegen bei ca. 1,8 Millionen€. Wir beantragen eine finanzielle Beteiligung der Stadt Karlsruhe an den Baukosten durch eine Einmalzahlung von 40.000€ im Haushaltsjahr 2013.	40.000 €			195	5000	Soziales
43	Karlsruher Pass	Der Karlsruher Gemeinderat hat vor einiger Zeit die Leitlinien gegen Kinderarmut und im Dezember vergangenen Jahres die Leitlinien gegen Altersarmut sowie deren Umsetzung einstimmig beschlossen. Mit unseren kommunal nur begrenzt zur Verfügung stehenden Möglichkeiten der Armutsbekämpfung können wir leider nicht allzu viel tun, um zu verhindern, dass sich die soziale Schere noch weiter öffnet, eine Vielzahl an Ausgleichsmaßnahmen müssen von Bund und Land initiiert werden. Ein wichtiges Armutsbekämpfungsinstrument auf lokaler Ebene stellt der Karlsruher Pass dar, den wir mit weiteren finanziellen Mitteln versehen wollen, um ihn weiter zu verbessern. Eine zusätzliche Förderung halten wir insbesondere in den Bereichen wie der städtischen Schuldnerberatung (Hauswirtschafts- und Budgetberatung), bei medizinischen Hilfsmitteln (Bezuschussung für mittellose Senioren), bei Energieberatung (Finanzierung energiesparender Geräte), weiteren Kursfinanzierungen (VHS) für sinnvoll.	150.000 €	150.000 €		195	5000	Soziales
44	Seniorenberatungen an div. Standorten durch Paritätischer, Caritas, Diakonie, Diakonissen-Krankenhaus, ASB	Die Seniorenberatungen, neben dem städtischen Seniorenbüro vertreten an diversen Standorten durch den Paritätischen Wohlfahrtsverband, Caritas, Diakonie, Diakonissen-Krankenhaus, ASB berät und begleitet Betroffene und deren Angehörige in allen Fragen der ambulanten Altenhilfe, bei der Neugestaltung des Lebensalltags bei Hilfs- und Pflegebedürftigkeit, bei finanziellen Fragen und vielem anderen mehr. Sie stehen damit als zentrale Informations- und Beratungsstelle zum Thema Alter und insbesondere Absicherung bei Hilfe- und Pflegebedürftigkeit der Karlsruher Bevölkerung zur Verfügung. Damit werden Informations- und Beratungsdienstleistungen im Sinne des Rechtsanspruches der Bürgerinnen und Bürger gemäß § 92 SGB XI erbracht. Die GRÜNEN unterstützen daher - abzügl. eines 35%igen Eigenanteils - das Anliegen der beteiligten Verbände nach auskömmlicher Finanzierung und beantragen daher die entsprechenden Mittel.	81.396 €	81.396 €		195	5000	Soziales

	B	D	E	F	G	H	I	L
1			Aufwendungen	<b>Streichungen</b>				
2	<b>Antragstitel/-empfänger</b>	<b>Text Antragsbegründung</b>	für 2013	für 2014	<b>Stellenanzahl</b> (Beträge für 2013 um 50 % reduziert)	<b>Seite im DHH-Entwurf</b>	<b>THH</b>	<b>Sachbereich</b>
45	Seniorenbüro	Das Seniorenbüro/Pflegestützpunkt mit Seniorenfachberatung ist ein Erfolgsmodell. Der Bedarf an fachlich fundierter Beratung wird auf Grund der demographischen Entwicklung weiter zunehmen. Schon bei der heutigen Nachfrage können mit der momentanen Stellenausstattung wichtige Felder wie altersgerechtes Wohnen und interkulturelle Aspekte des Älterwerdens nur bedingt bearbeitet werden. Daher ist eine Aufstockung der personellen Kapazitäten angezeigt.	35.000 €	70.000 €	1	195	5000	Soziales
46	Sozialdienst katholischer Frauen	Der Sozialdienst Katholischer Frauen e.V. bietet ein breites Spektrum an sozialen Hilfsangeboten, beispielsweise Ehe- und Familienberatung, Schwangerenberatung, die Clearingstelle "Häusliche Gewalt", die Kindergruppe "Nangilima" für Kinder aus Gewaltbeziehungen, den Betreuungsverein und vieles mehr. In den vergangenen Haushaltsperioden waren die städtischen Zuschüsse für diesen Verein gleichbleibend; trotz gestiegener Kosten, insbesondere durch Tarifierhöhungen. Damit der Verein seine wichtige Arbeit auf hohem Niveau fortsetzen kann beantragen wir eine Erhöhung der jährlichen städtischen Zuschüsse um 10 %, also um 9.268 €.	9.268 €	9.268 €		195	5000	Soziales
47	SozPädAl - LaBOR	Für die Weiterführung des Projektes „LaBOR“, dessen Finanzierung im Jahr 2013 noch durch ESF-Mittel gesichert ist, beantragen wir ab 2014 die notwendige Summe von 95 000€. Es ist eine alarmierende Tatsache, dass in Karlsruhe unter den Wohnungslosen der Anteil an jungen Menschen relativ hoch ist, besonders da dieser Trend vor zehn Jahren noch nicht bestand. Dem entgegenzuwirken, ist eine wichtige kommunale Aufgabe, der sich SozPädAl mit seinem individuell zugeschnittenen Projekt stellt. Die Ergebnisse können sich sehen lassen, so mancher Jugendliche hat dadurch wieder in Ausbildung oder Beruf Fuß gefasst. Aus Sicht der GRÜNEN Gemeinderatsfraktion soll das Projekte „LaBOR“ daher weiter geführt werden.		95.000 €		195	5000	Soziales
48	Verein für Jugendhilfe - Beratung gegen Gewalt im sozialen Nahraum	Der Verein für Jugendhilfe bietet seit Jahren Beratung und Verhaltenstrainings für Männer an, die im häuslichen Bereich gewalttätig geworden sind. Jährlich wenden sich jedoch auch 15 bis 20 Frauen als Täterinnen an die Beratungsstelle. Ihnen kann derzeit jedoch nur eine akute Krisenberatung und nicht - wie den männlichen Klienten - eine geschlechtsspezifische Auseinandersetzung mit der Gewaltproblematik angeboten werden. Um das Beratungsangebot durch die Schaffung von 0,25 Personalstellen für diesen Bereich zu erweitern und die allgemeinen Kostensteigerungen abzudecken, beantragen wir für den Verein für Jugendhilfe eine Aufstockung des Zuschusses um 21.700 € jährlich.	21.700 €	21.700 €		195	5000	Soziales
49	Wildwasser und Frauennotruf	Der Verein Wildwasser leistet seit Jahren zuverlässige und gute Arbeit. Die seit Januar 2012 in Kraft getretene Novellierung des Bundeskinderschutzgesetzes macht nun auch verstärkte Arbeit im Bereich der konkreten fachbezogenen Öffentlichkeits- und Fortbildungsarbeit nötig. Wir beantragen Aufstockung der Zuschüsse um 15.000€ jährlich für eine Stelle.	15.000 €	15.000 €		195	5000	Soziales
50	Wohnraumakquise - Sozialer Dienst	Mit dem Programm „Wohnraumakquise durch Kooperation“ ist es der Stadt Karlsruhe gelungen, in den zurückliegenden Jahren mehrere Hunderte wohnungslose Menschen mit Wohnraum zu versorgen. Eine über Jahre durch die Arbeitsförderungsbetriebe der Stadt Karlsruhe geförderte Stelle bei der Wohnraumakquise läuft Ende Oktober 2013 aus. Um dieses Programm dauerhaft personell zu sichern und qualitativ hohe Durchführung zu gewährleisten, beantragen wir die erforderlichen Mittel für eine Stellenschaffung in diesem Bereich.	17.500 €	70.000 €		195	5000	Soziales
51	Heimstiftung - Projekt Juno	Das Projekt Juno, eine Notschlafstelle für weibliche, akut wohnungslos gewordene junge Erwachsene konnte durch Übernahme der Sachkosten durch die Stadt Karlsruhe und der Übernahme der Personalkosten durch einen privaten Sponsor Ende 2011, befristet für drei Jahre eröffnet werden. Es ist unser vordringliches Ziel, jungen Menschen, die aus welchen Gründen auch immer in akute Wohnungsnot geraten sind, zu helfen. Oft kommen zur fehlenden Übernachtungsmöglichkeit noch andere Probleme hinzu, so dass sich die jungen Frauen in einer Notlage befinden. Um dieses Programm dauerhaft zu sichern und zu gewährleisten, beantragen wir die erforderlichen Mittel für die Weiterführung des Projektes bis zum Ende des Jahres 2014.		25.850 €		205	5000	Soziales
52	Schulsozialarbeit - interfraktionell mit der KAL	Schulsozialarbeit an allen Schulen, egal welcher Schulart, ist nötig als unverzichtbares Bindeglied zwischen SchülerInnen und Schule und sollte zu einer Schule ganz selbstverständlich dazu gehören. In den Haushaltsberatungen der vergangenen Jahre, sowie in allen Fachgremien haben wir kontinuierlich und konsequent den steten Ausbau der Schulsozialarbeit gefordert. Wir wollen auch in diesem Doppelhaushalt die Anzahl der Schulsozialarbeiterstellen erhöhen. Die momentan e; im Schulbeirat diskutierte Prioritätenliste von 16 haben Stellen soll dabei abgearbeitet werden.	173.200 €	346.400 €	8	205	5000	Soziales
53	Stadjugendausschuss - Aktionsbüro Otto Dullenkopf-Park	Das Gelände Otto Dullenkopf-Park erhält durch die benachbarte Südstadt-Ost und die dort lebenden Familien schon jetzt eine große Bedeutung. Es ist Bedarf dafür erkennbar, dass die Kinder und Jugendlichen dort dringend einen Platz für Freizeitaktivitäten mit pädagogischer Unterstützung brauchen. Zur Planung und Entwicklung eines entsprechenden Konzepts in Form eines intensiven Beteiligungsprozesses mit Kindern und Jugendlichen beantragen wir für die Einrichtung eines „Aktionsbüros Otto Dullenkopf-Park“ durch den StJA e.V. eine entsprechende Personalstelle.	61.000 €	61.000 €		205	5000	Soziales

	B	D	E	F	G	H	I	L
1			Aufwendungen	Streichungen				
2	<b>Antragstitel/-empfänger</b>	<b>Text Antragsbegründung</b>	für 2013	für 2014	<b>Stellenanzahl</b> (Beträge für 2013 um 50 % reduziert)	<b>Seite im DHH-Entwurf</b>	<b>THH</b>	<b>Sachbereich</b>
54	Stadtyougendausschuss - jfs Baerenthal	In der Jugend- und Freizeitbildungsstätte Baerenthal jfs, die für den deutsch-französischen Jugendaustausch eine hohe Bedeutung hat, besteht dringender Sanierungsbedarf in Höhe von insgesamt 700.000€. In Abstimmung mit der Empfehlung der SPC beantragen wir als ersten Sanierungsschritt die Sanierung der BetreuerInnenzimmer in den Jahren 2013 und 2014.	60.000 €	130.000 €		205	5000	Soziales
55	Stadtyougendausschuss - Netzwerk gegen Rechts	Der GRÜNE Antrag zu Auf- und Ausbau eines breit aufgestellten "Netzwerks gegen Rechts" hat im Gemeinderat eine große Zustimmung erfahren. Hierzu ist es notwendig, die Vernetzung verschiedener, mit der Problematik befassten Akteure zu beginnen und zu verstetigen, um einen kontinuierlichen Austausch zwischen Stadtverwaltung und Stadtgesellschaft mit Fokus auf die Erscheinungsformen der rechtsextremen Szene zu pflegen. Aufgrund der bereits geleisteten Vorarbeit beantragen wir zur Durchführung dieser erweiterten Aufgabe eine halbe Personalstelle beim Stadtyougendausschuss, der in Karlsruhe bereits Ansprechpartner des Baden-Württembergischen Beratungsnetzwerks gegen Rechts ist.	35.000 €	70.000 €	0,5	205	5000	Soziales
56	Partnerschaftsberatungsstelle	Die Ehe-, Familien- und Partnerschaftsberatungsstelle bietet ein umfassendes Beratungsangebot, das von vielen Menschen in Anspruch genommen wird. Um diese Angebote zu sichern, benötigt die Ehe- und Familienberatung eine Erhöhung ihres Zuschusses, nachdem 2007 die letzte Erhöhung der städtischen Zuwendungen stattgefunden hat.	6.700 €	10.000 €		209	5000	Soziales
57	Pro Familia	Pro Familia bietet mit dem Programm "Let's talk about - Du weißt schon was" eine zielgruppenorientierte Beratung in allen Fragen zu Partnerschaft und Sexualität insbesondere für Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund. Gerade in Familien mit Migrationshintergrund besteht ein erhöhter Aufklärungsbedarf, da Themen wie Partnerschaft, Liebe, Sexualität und Verhütung häufig im häuslichen Umfeld tabuisiert werden. Das Angebot besteht bisher als Pilotprojekt an der Gutenbergschule, an welcher sehr viele Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund unterrichtet werden. Eine Sozialpädagogische Fachkraft sowie zwei Honorarkräfte, alle mit sexualpädagogischer Zusatzqualifikation, bieten hier regelmäßige in den Schulalltag integrierte Sprechstunden an. Das Angebot wird sehr gut angenommen und soll daher auf weitere Schulen ausgeweitet werden. Insgesamt haben aktuell 18 Schulen im Stadtgebiet ihr Interesse an diesem Programm angemeldet. Wir beantragen daher im Haushaltsjahr 2013 die Bereitstellung von 26.250€ für die Einführung dieses Projektes an 10 Schulen. Zurzeit werden die Möglichkeiten kommunaler Arbeitsförderung einer rechtlichen Prüfung unterzogen. Wenn das Ergebnis vorliegt und den von uns gewünschten Handlungsspielraum bestätigt, wollen wir weitere kommunal geförderte Arbeitsplätze ermöglichen. Mit der beantragten Summe könnten nach derzeitigem Stand 160 weitere Stellen geschaffen werden. Bis zur Klärung wird der Betrag mit Sperrvermerk versehen.	26.250 €	35.250 €		209	5000	Soziales
58	Kommunale Arbeitsmarktmaßnahmen	Es gibt auch in Karlsruhe eine nahezu gleich bleibende Zahl von Menschen, die an Aufschwung und Schaffung von Arbeitsplätzen nicht teilhaben können und deren Integration in den Arbeitsmarkt keine Aussicht auf Erfolg hat. Für diese Zielgruppe wollen wir weitere Beschäftigungsmöglichkeiten begleitet von psychosozialer Betreuung schaffen, die den so Beschäftigten eine sinnvolle Tätigkeit nach ihren Möglichkeiten bietet. Die Anzahl dieser Arbeitsplätze ist bisher mit 40 Stellen gering, daher wollen wir 20 weitere Stellen schaffen.	200.000 €	500.000 €		214	5000	Soziales
59	Sozialer Arbeitsmarkt/AFB	Der Sozialdienst Katholischer Frauen e.V. betreibt neben vielfältigen Beratungsangeboten ein Frauenhaus, in dem Gewalt-bedrohte Frauen mit ihren Kindern bei familiären Konfliktsituationen kurzfristig eine sichere Unterkunft in einem geschützten Umfeld finden. Das Frauenhaus wurde 2002/2003 teilweise saniert und modernisiert. Diese Maßnahmen wurden damals zu 11,55 % durch städtische Gelder finanziert. Aktuell steht bei dem über 100 Jahre alten Gebäude eine umfassende Dachsanierung mit Dämmung und Instandsetzung an. Die zu erwartenden Kosten belaufen sich hierbei insgesamt auf 190.000€. Wir beantragen eine Unterstützung dieser Maßnahmen durch eine Einmalzahlung im Haushaltsjahr 2013 in Höhe von 21.945 €, was erneut einer Förderung von 11,55 % der Gesamtkosten entspricht.	100.000 €	100.000 €		214	5000	Soziales
60	Sozialdienst katholischer Frauen - Baumaßnahme Frauenhaus	Auf dem Hofgelände des Mühlburger Antoniusheims wurden im vergangenen Jahr die Arbeiten für ein Fußballfeld begonnen. Dort sollen die Kinder in unmittelbarer Nähe zum Gebäude die Möglichkeit zum Toben und Ballspielen erhalten, auch Sitzplätze für Zuschauer sind vorgesehen. Wir wollen dieses Vorhaben mit einem Zuschuss unterstützen	21.945 €			217	5000	Soziales
61	St. Antoniusheim		14.514 €			217	5000	Soziales

	B	D	E	F	G	H	I	L
1			Aufwendungen	/Streichungen				
2	<b>Antragstitel/-empfänger</b>	<b>Text Antragsbegründung</b>	für 2013	für 2014	<b>Stellenanzahl</b> (Beträge für 2013 um 50 % reduziert)	<b>Seite im DHH-Entwurf</b>	<b>THH</b>	<b>Sachbereich</b>
62	Caritas	Die Caritas-Schuldnerberatung leistet eine wichtige Arbeit, um überschuldeten MitbürgerInnen Wege aus der Schuldenfalle aufzuzeigen. Hierbei steht die persönliche Beratung im Mittelpunkt, mit deren Hilfe der Schuldner oder die Schuldnerin einen genauen Überblick über die eigene finanzielle Situation gewinnen soll, um dann zusammen mit dem Berater oder der Beraterin Möglichkeiten zu erarbeiten, um die Schulden sukzessive abzubauen. Auch die Rechtsberatung insbesondere bezüglich Zwangsvollstreckungsmaßnahmen spielt eine wichtige Rolle. Ebenso erfolgt in Zusammenarbeit mit der Jugendstiftung der Sparkasse Karlsruhe-Etlingen ein Präventionsprogramm, um die Finanzkompetenz bei Jugendlichen zu stärken. Die Finanzierung der Schuldnerberatung ist kommunale Pflichtaufgabe gemäß SGB II und SGB XII, die aktuell durch die Caritas gemäß einer Leistungsvereinbarung mit der Stadt Karlsruhe erbracht wird. Die Finanzierung ist nicht auskömmlich und die Beratung ist personell unterbesetzt, was sich aktuell in einer durchschnittlichen Wartezeit von 3 Monaten auf einen Beratungstermin zeigt. Aus diesem Grund be	60.000 €	60.000 €		195?	5000	Soziales
63	Diakonie - Allgemeine Sozialberatung	Die Allgemeine Sozialberatung der Diakonie ist für zahlreiche Karlsruher Bürgerinnen und Bürger, die in ihrer Not oder mit ihren Problemen nicht wissen, an wen sie sich wenden können, eine erste Anlaufstelle. Durch die stetig steigende Zahl von Beratungsgesuchen und die zunehmende Komplexität der Einzelfallberatungen kommt es zu immer längeren Wartezeiten, die teilweise sogar dazu führen, dass Beratungssuchende resignierten und wegblieben. Die GRÜNE Gemeinderatsfraktion unterstützt das Anliegen der Diakonie, die Allgemeine Sozialberatung mit einer zusätzlichen Personalstelle auszubauen und beantragt die hierfür erforderlichen Mittel.	66.700 €	68.400 €		195?	5000	Soziales
64	Diakonie - Tagesstrukturierende Beschäftigung	Das Angebot der "Tagesstrukturierende Beschäftigung" wird bis zu 30 Personen täglich nachgefragt. Dort können psychisch kranke Menschen in einer niedrigschwelliger Form einfache Arbeiten verrichten, um ihrem Tag eine Struktur zu geben, was zur psychischen Stabilisierung ebenso wichtig ist wie eine medikamentöse und sozialpsychiatrische Versorgung. Die beantragten Mittel der Diakonie werden zur Anmietung neuer Räume benötigt. Die GRÜNE Gemeinderatsfraktion unterstützt dieses Anliegen, weil sie sich davon auch Synergieeffekte in der Versorgung der psychisch erkrankten Menschen durch die Nähe des Zentrums für seelische Gesundheit erhofft.	9.936 €	9.936 €		195?	5000	Soziales
65	Vertretung Karlsruher Interessen bei Fragen zu einer weiteren Rheinquerung	Als Maßnahme zur Zielerreichung wird "Begleitung 2. Rheinquerung" aufgeführt. Dies entspricht nicht der Beschlusslage des Gemeinderates. Es wird beantragt, die Formulierung folgendermaßen zu ersetzen: "Vertretung der Karlsruher Interessen bei Fragen zu einer weiteren Rheinquerung".	--	--		229	6100	Stadtplanung
66	Leihfahrräder	Nach dem Haushalts-Entwurf ist der Zuschuss für den Fahrrad-Verleih über den Klimaschutzfonds vorgesehen. Der ist aber vor allem für Investitionen zur Energieeinsparung gedacht. Weil dafür sonst Geld fehlt, und entsprechend der Wichtigkeit des Themas Fahrrad sollte dieser Zuschuss einen eigenen Haushalts-Posten bekommen.	150.000 €	150.000 €		230	6100	Stadtplanung
67	Umsetzung Verkehrsentwicklungsplanung – Fußwegeplanung	Im gerade vom Gemeinderat beschlossenen Verkehrs-Entwicklungs-Plan (VEP) ist erstmals ein Konzept für die Fußwegeplanung vorgesehen. Damit die Umsetzung wie vorgesehen zeitnah möglich ist, ohne andere Planungen zu beeinträchtigen, ist entsprechend der Bedeutung dieses Themas eine eigene Stelle dafür erforderlich.	35.000 €	70.000 €	1	230	6100	Stadtplanung
68	Umsetzung Verkehrsentwicklungsplanung – Koordinationsstelle Nachhaltige Mobilität	Im gerade vom Gemeinderat beschlossenen Verkehrs-Entwicklungs-Plan (VEP) ist eine Koordinationsstelle „Nachhaltige Mobilität“ mit „hohe Priorität/zeitnah“ empfohlen. Da viele Maßnahmen des VEP von dieser Stelle abhängen, ist sie für eine erfolgreiche Umsetzung unbedingt erforderlich.	35.000 €	70.000 €	1	230	6100	Stadtplanung
69	Erhöhung des Betriebskostenzuschusses für das Naturschutzzentrum Rappenwört	Das Naturschutzzentrum ist ein unverzichtbarer Bestandteil des umweltpädagogischen Angebots in Karlsruhe. Aufgrund der in den letzten Jahren gestiegenen Betriebs- und Personalkosten benötigt das Naturschutzzentrum die beantragte Erhöhung, um sein Angebot auf dem bisherigen Niveau zu erhalten. Das Land hat seinen Zuschuss ebenfalls erhöht. Die bisherige Organisation des Naturklassenzimmers mit der der Schutzgemeinschaft Deutscher Wald (SDW) angestellten MitarbeiterInnen und von der SDW bezahlten Honorarkräften kann aus steuerrechtlichen Gründen in der bisherigen Form nicht weiter geführt werden. Zukünftig sollen daher zwei feste MitarbeiterInnen sowie die Honorarkräfte über die Stadt angestellt bzw. bezahlt werden. Eine Gegenfinanzierung der Stellenschaffungen erfolgt teilweise über Einsparungen in Höhe von 30.000€/Jahr bei den bisherigen Zuschüssen an die SDW sowie über Einnahmen aus dem Sponsoring der L-Bank in Höhe von 30.000 €/Jahr und eigenen Einnahmen aus Veranstaltungen des Waldklassenzimmers, die in den letzten Jahren ca 25.000€ betragen. Die 15.000€ die bisher über die SDW für Honorarkräfte ausgegeben werden, werden umgebucht und zukünftig für dieselben Zwecke von der Stadtverwaltung verwendet.	6.000 €	6.000 €		248	6200	Liegenschaften
70	Waldpädagogik: Personalstellen und Honorarkräfte bei der Stadt ansiedeln		27.500 €	55.000 €	1	248	6200	Liegenschaften



	B	D	E	F	G	H	I	L
1			Aufwendungen	<b>Streichungen</b>				
					Stellenanzahl (Beträge für 2013 um 50 % reduziert)	Seite im DHH-Entwurf	THH	Sachbereich
2	Antragstitel/-empfänger	Text Antragsbegründung	für 2013	für 2014				
71	Grundstückserwerb	Der im DHH-Entwurf eingestellte Betrag zum Erwerb von Grundstücken ist gemessen an den tatsächlich in den letzten Jahren erworbenen Grundstücken stark überdimensioniert. Nähere Begründungen zu den eingestellten Beträgen werden im Haushaltsentwurf nicht gegeben. Die GRÜNE Fraktion will den eingestellten Betrag senken. Falls notwendig, kann im Nachtragshaushalt nach oben oder unten nachjustiert werden.	-3.500.000€	-2.500.000€		249	6200	Liegenschaften
72	Projektmittel für landwirtschaftspädagogische Angebote	Mit Waldklassenzimmer, Naturschutzzentrum und ergänzenden Angeboten durch das Umweltamt gibt es in Karlsruhe ein sehr gutes umweltpädagogisches Angebot. Angebote für das Themengebiet Landwirtschaft und Erzeugung von Lebensmitteln sind in der Stadt aber nur sehr vereinzelt vorhanden und meist von privaten Initiativen abhängig. Für ein landwirtschaftspädagogisches Angebot sollten Mittel zur Verfügung stehen, die sowohl zur finanziellen Unterstützung von Führungen und Angeboten auf Bauernhöfen im Stadtgebiet eingesetzt als auch vom Liegenschaftsamt für die Durchführung entsprechender Angebote genutzt werden können.	15.000 €	15.000 €		247/248	6200	Liegenschaften
73	Kommunale Wohnraumförderung - interfraktionell mit KAL und SPD für die Folgejahre je 4 Mio € als Verpflichtungserklärung	In Karlsruhe stehen in großem Umfang bezahlbare Mietwohnungen. Der Gemeinderat hat deshalb im November 2012 die Erarbeitung eines kommunalen sozialen Wohnraumförderungsprogramms beschlossen. Dieses ist derzeit noch in Arbeit, lediglich erste Ergebnisse liegen vor. Wir halten es für erforderlich, bereits in den jetzt zu beschließenden Doppelhaushalt 2013/14 Mittel zur Umsetzung des Programms einzustellen. Der ebenfalls beantragte Sperrvermerk kann aufgehoben werden, sobald feststeht, welche Maßnahmen bereits kurz- und mittelfristig umgesetzt werden können. Die beantragten Mittel sollen unter anderem zur Förderung von Mietwohnungsbau mit anschließender Mietpreisbindung durch die Volkswohnung und durch Wohnbaugenossenschaften eingesetzt werden. Auch die Sanierung von Mietwohnungen in baulich schlechtem Zustand sollte gefördert werden. In untergeordnetem Maße können die Mittel in den ersten beiden Jahren auch zur Belegungsbindung existierender Wohnungen eingesetzt werden. Das Wohnraumförderungsprogramm muss auch in den Folgejahren weiter	2.000.000 €	4.000.000 €			2000 oder 6200	Kämmerei oder Liegenschaften
74	Bauordnungsamt	Im Zuge der Konsolidierungsbemühungen des letzten Doppelhaushaltes wurde vermeintliche personelle Überkapazitäten beim Bauordnungsamt auch durch die Senkung von Standards abgebaut. Die letzten beiden Jahre haben gezeigt, dass damit ein zu großer Qualitätsverlust einhergeht und schon die Bewältigung der Pflichtaufgaben nicht mehr gewährleistet werden kann. Die Bearbeitung von Leistungen, wie die baurechtliche Kontrolle des Außenbereichs kann nicht zufriedenstellend erbracht werden. Zudem zeigte das Re-Audit des EEA, dass die Einhaltung des EEWärmeG aus Personalmangel nicht kontrolliert werden kann, weshalb auch hierfür weitere personelle Kapazitäten geschaffen werden sollen.	87.500 €	175.000 €	2,5	256	6300	BOA
75	Kommunale Denkmalpflege	Maßnahmen im Denkmalschutz sind meistens sehr kostenintensiv. Die seit 2010 vorgesehenen 3.000 € jährlich können dazu keinen wirksamen Beitrag leisten. Deshalb sollte dieser Posten adäquat mit einer realistischen Summe ausgestattet sein. Begleitend ist in der Förderrichtlinie der Höchstsatz pro Maßnahme anzuheben.	7.000 €	17.000 €		256	6300	BOA
76	Abschaffung der Brötchentaste	Im Stadtgebiet hat negative ökologische Folgewirkungen. Auch besteht für das kurzfristige kostenlose Parken keine Notwendigkeit, denn Karlsruhe hat einen hervorragend ausgebauten ÖPNV und bereits jetzt einen überdurchschnittlich hohen Anteil des Fahrradverkehrs. Dieser soll in den nächsten Jahren noch weiter gesteigert werden. Auch haben Untersuchungen der Bundesanstalt für Straßenwesen in verschiedenen Städten gezeigt, dass gebührenfreies Parken an Parkscheinautomaten weder eine kürzere mittlere Parkdauer noch einen höheren Umschlag zur Folge hat. Damit ist belegt, dass der mit der Einführung der Brötchentaste verfolgte Zweck - Belebung und Umsatzsteigerung der Geschäfte in den B-Zentren - nicht erreicht wird. Deshalb hatte die Verwaltung beim Doppelhaushalt 2011/2012 die richtige Konsequenz gezogen, und selbst die Abschaffung der Brötchentaste vorgeschlagen.	-180.000 €	-180.000 €		265	6600	TBA
77	Radverkehrsplanung	Im Haushalts-Entwurf wurde die jährliche Summe für Radwegebau im Jahr 2014 ohne Begründung um 0,5 Mio€ gekürzt. Angesichts der noch zur Umgestaltung anstehenden Fahrrad-Haupt- und Nebenrouten ist diese Kürzung nicht zielführend.		500.000 €		272	6600	TBA
78	Rückbau Herrenalber Straße - interfraktionell mit KAL - Mitunterzeichnet von Lüppto Cramer	Der Gemeinderat hat den Umbau der Herrenalber Straße beschlossen und die Rüppurrer Bevölkerung wartet auf die Umsetzung. Der erste Bauabschnitt sollte daher spätestens im Jahr 2014 begonnen werden, zeitlich abgestimmt mit den Belagsarbeiten auf der Südtangente. Da noch keine kostenkontrollierte Planung vorliegt, muss der Posten zunächst mit Sperrvermerk versehen werden.		700.000 €		277	6600	TBA

	B	D	E	F	G	H	I	L
1			Aufwendungen	/Streichungen				
2	<b>Antragstitel/-empfänger</b>	<b>Text Antragsbegründung</b>	für 2013	für 2014	<b>Stellenanzahl</b> (Beträge für 2013 um 50 % reduziert)	<b>Seite im DHH-Entwurf</b>	<b>THH</b>	<b>Sachbereich</b>
79	Lärmaktionsplanung	Die Bearbeitung des Lärmaktionsplanes erfordert ein kontinuierliches Handeln und die Umsetzung der priorisierten Maßnahmen. Zusätzlich ist der Schutz "ruhiger Gebiete" noch nicht mit Haushaltsansätzen unterfüttert. Priorisierte Maßnahmen des Lärmaktionsplanes wurden nun verschoben, um die Möglichkeit einer Landesförderung abzuwarten. Dafür wurden aber keine anderen Maßnahmen vorgezogen. Mit den beantragten Haushaltsmitteln soll erreicht werden, dass ersatzweise andere Maßnahmen der Lärminderung umgesetzt werden können.	150.000 €	300.000 €		278	6600	TBA
80	Streichung des geplanten Neubaus von LKW-Parkplätzen in der Fiduciastr.	Beim Umbau der Fiduciastraße sind unter anderem eine Infobucht und vier Parkplätze für Lkw enthalten. Diese Planung wurde vor vielen Jahren erstellt als Reaktion auf Anwohnerproteste im Wohngebiet Killisfeld. Dort gibt es aber inzwischen keine Probleme mehr, seitdem die Lkw-Durchfahrt auf Anliegerverkehr beschränkt ist. Die AnwohnerInnen der Schlesierstraße haben sich in einer Unterschriftensammlung gegen die neuen Parkplätze ausgesprochen. Diese würden zu zusätzlichem Lärm und Vermüllung in der Umgebung führen. Außerdem ist mit zusätzlichem Lkw-Parksuchverkehr zu rechnen, wenn die wenigen Parkplätze belegt sind.	-105.000 €			271 sowie O 6	6600	TBA
81	Zentrale Fahrzeugbeschaffung und Darstellung der Einsparungen für Wartung und Betrieb	Um bis zum Jahr 2020 eine Verjüngung des Fuhrparks der Stadt zu erreichen, so dass kein Fahrzeug mehr älter als 10 Jahre ist und das durchschnittliche Alter der Fahrzeuge rd. 7,5 Jahre beträgt, sind bis dahin jährlich rund 3,3 Mio € für die Neubeschaffung von Fahrzeugen erforderlich. Dieser Betrag sollte auch 2014 beibehalten werden. Im Gegenzug sollten die Ämtern, die neue Fahrzeuge erhalten haben, bei den Mitteln für Fahrzeug-Wartung Einsparungen vorsehen.		800.000 €		320	7000	AfA
82	Wirtschaftsförderung - mehrere neue Projekte, Steigerung der Mittel für Öffentlichkeitsarbeit	Schwankungen und Veränderungen in Teilhaushalten liegen innerhalb gewisser Grenzen im Wesen des operativen Geschäfts der Verwaltung. Bei so relevanten Erhöhungen um immerhin ca. 50 % erwarten wir jedoch die vorherige Vorstellung auffällig veränderter Positionen im Fachausschuss. Wir beantragen daher einen Sperrvermerk für die Punkte "Cyberforum", "Cluster AEN", "Netzwerke (Spitzencluster/EnergieForum)" sowie "Smarter City". Beim Punkt "Öffentlichkeitsarbeit" stehen die eingestellten Mittel für ein einzelnes Amt in keinem Verhältnis zu den Mitteln für die Öffentlichkeitsarbeit der Stadt insgesamt. Daher beantragen wir hier die Reduzierung des für die Öffentlichkeitsarbeit der Wirtschaftsförderung eingestellten Betrags auf 50.000 € /Jahr. Für diesen Restbetrag beantragen wir zusätzlich einen Sperrvermerk, bis auch hierzu eine Vorberatung im Fachausschuss bzw. Gemeinderat stattgefunden hat.	-30.000 €	-50.000 €		346	8000	Wifö
83	Wirtschaftsförderung - Stellenschaffungen	Im Ausschuss für Wirtschaftsförderung wurde ein Strategiekonzept zur Kenntnisnahme vorgelegt, das die Handlungsfelder der Wirtschaftsförderung allgemein beschreibt. In diesem Zusammenhang wurden, außer für den Bereich Internationalisierung, weder Kosten- und Personalberechnungen noch ein Zeitplan für geplante Maßnahmen beraten. Die Schaffung neuer Stellen im geplanten Umfang sieht die GRÜNE Fraktion daher als nicht ableitbar an. Ebenso verwehren wir uns gegen die Umwandlung von überplanmäßigen Stellen, die in der Wirtschaftsförderung im Nachgang zu den Beratungen zum Doppelhaushalt 2011/12 geschaffen wurden und zwar trotz Ablehnung dieser Stellenschaffungen durch den Gemeinderat. Nach Meinung der GRÜNEN Fraktion reicht die Aufstockung von zwei Stellen gegenüber dem beschlossenen Doppelhaushalt 2011/12 aus, um der Wirtschaftsförderung einen angemessenen Spielraum zur Umsetzung neuer Handlungsfelder zur Verfügung zu stellen.	-140.000 €	-140.000 €	-2	346	8000	Wifö
84	Wohnimmobilien in städtischem Besitz	Dem Ziel "Reduzierung des Wohn- und Gewerbeimmobilienbestands" liegt kein Gemeinderatsbeschluss zugrunde. Aus Sicht der GRÜNEN Fraktion ist in dieser Frage eine solche pauschale Zielaussage auch nicht sinnvoll und sollte daher aus dem Haushaltsplan gestrichen werden.  Insbesondere dort, wo es um vermietbare Wohnimmobilien geht, ist zu prüfen, ob ein Verbleib der Immobilie im städtischen Besitz bzw. eine Veräußerung an die Volkswohnung ggf. in Kombination mit einer Sanierung sinnvoll ist, um dem Mangel an günstigen Mietwohnungen in Karlsruhe entgegenzuwirken. Auf jeden Fall sind hier Einzelfallentscheidungen notwendig.				354	8800	Hochbau
85	KlimamanagerIn bei der Stadt	Karlsruhe hat mit dem Klimaschutzkonzept 2009 und der Zielplanung "Klimaneutrales Karlsruhe 2050" zwei ambitionierte Planungen, um einen kommunalen Beitrag zum Klimaschutz zu leisten. Die Maßnahme M 72 des Klimaschutzkonzeptes forderte die Schaffung der Stelle eines/einer KlimamanagerIn und wurde mit Förderung durch den Bund auch umgesetzt. Die Förderung für diese Stelle durch Dritte läuft 2014 aus. Die Arbeit der Klimamanagerin hat sich bewährt und soll mindestens im bisherigen Umfang fortgeführt werden.		26.000 €	0,5	355	8800	Hochbau

	B	D	E	F	G	H	I	L
1			Aufwendungen	<b>Streichungen</b>				
2	<b>Antragstitel/-empfänger</b>	<b>Text Antragsbegründung</b>	für 2013	für 2014	<b>Stellenanzahl</b> (Beträge für 2013 um 50 % reduziert)	<b>Seite im DHH-Entwurf</b>	<b>THH</b>	<b>Sachbereich</b>
86	Ökostrom für städtische Liegenschaften	<p>Im 2011 vorgelegten Bericht des RE-Audit zum European Energy Award (EEA) scheidet Karlsruhe beim Bereich "Kommunale Gebäuden und Anlagen" erneut sehr schlecht ab, was das Gesamtergebnis deutlich verschlechtert. Die Teilnahme am EEA ist nur sinnvoll, wenn aus festgestellten Mängeln auch Konsequenzen gezogen werden. Für die städtischen Liegenschaften werden im EEA-Bericht neben Maßnahmen zur energetischen Sanierung und zu mehr Energieeffizienz auch der Bezug von Ökostrom empfohlen. Der Bezug von Ökostrom für städtische Liegenschaften ist als hochpriorisierte Maßnahme (M 32) im Klimaschutzkonzept verankert. Mit jährlich 300.000 € soll hier ein erster Anfang gemacht werden. Der eingestellte Betrag stellt den Aufpreis für Ökostrom gegenüber dem bisher von den Stadtwerken bezogenen Strom dar. Die entsprechende Strommenge soll durch die Stadtwerke aus Erneuerbaren-Energie-Anlagen gekauft und an die Stadt weiter verkauft werden. Der neu bezogene Ökostromanteil soll den Kriterien eines anerkannten Labels wie 'Grüner Strom Label' oder 'ok power' entsprechen und somit über das bisher von den Stadtwerken geführte schwächer. Bei der Bewirtschaftung des Parkraums durch die Stadt ist auf eine für den Bauunterhalt auskömmlich Erlössituation zu achten. Die Bauunterhaltungskosten sind um ca 40.000 € gestiegen, zugleich wird im Verkehrsentwicklungsplan die Ausweitung der Bewirtschaftung empfohlen. Eine moderate Verbesserung der Erlössituation ist daher erforderlich.</p>	300.000 €	300.000 €		355	8800	Hochbau
87	Erhöhung der Parkgebühren	<p>Eine Kürzung nach der Rasenmäher-Methode ist nicht zielführend. Sollten sich im Jahr 2014 Sparmaßnahmen wirklich als notwendig erweisen, dann muss gezielt nach Einsparmöglichkeiten gesucht werden und dann sind die notwendigen Entscheidungen zu treffen. Die globale Minderausgabe liegt in der vorgesehenen Höhe auch weit unter der Genauigkeit des Haushaltsplans. Sie sollte gestrichen werden.</p>	-15.000 €	-15.000 €		360	8800	Hochbau
88	Globale Minderausgabe			2.800.000 €		9 und neue Datei "Übersicht finanzielle Entwicklung"	alle, bis auf die Konten für Sozial- und Jugendhilfeaufwand	
89								
90	SUMMEN Streichung		-4.510.000 €	-3.475.000 €		-7.985.000 €		
91	SUMMEN Aufwendung		5.140.081 €	13.377.422 €		26,5 18.517.502 €		
92								
93								
94								
95								
96								
97								